

Johannes Thomas

Deutsche Politikexperten von Egon Bahr bis Gregor Schöllgen sehen in Berlins Abkehr von Washington im Irak-Konflikt einen wichtigen Beleg für einen neuen, selbstbewussten „deutschen Weg“. Sie übersehen dabei jedoch die Besonderheiten des deutsch-französischen Verhältnisses. Es macht aus dem vermeintlich deutschen einen französischen Weg. Der französische Außenminister de Villepin meinte denn auch nach dem Scheitern des Konventsentwurfes im ersten Anlauf, jetzt werde man allein auf Deutschland setzen, denn das sei eine Wette, „die wir nicht verlieren können“. Bei der Wiedergabe dieses Ausspruches in den deutschen Medien wurde aus dem „können“ regelmäßig ein „dürfen“. Die jüngste Illustration für die französisch-deutsche Umarmung lieferte die gemeinsame Erklärung zum Mittleren Osten, die sich nach französischem Wunsch möglichst deutlich von den amerikanischen Vorstellungen unterscheiden sollte. „Da Außenminister Fischer eine Vision von der Zukunft des ‚Großen Mittleren Ostens‘ entwickelt hatte, die der der USA sehr nahe kam, ..., wünschte Frankreich, dass Herrn Fischers Position zurechtgerückt auf Linie gebracht würde“, zitierte *Le Monde* am 4. März 2004 einen französischen Diplomaten.

Deutschland stellt im bilateralen Verhältnis heute das (brüchige) Podest dar, von dem aus Frankreich seine Ambitionen verkündet. Dabei fällt naturgemäß auch etwas Glanz und allerhand Menschliches für das Podest ab. Bundeskanzler

Gerhard Schröder ist jedenfalls glücklich, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit ihm „menschlich sehr, sehr schöne Erfahrungen“ beschert hat.

Altes Machtgefälle

Nun ist das Machtgefälle zwischen beiden Ländern nichts Neues. Es bestimmte schon das Zustandekommen des Elysée-Vertrages. Er wurde überhaupt erst möglich, nachdem de Gaulle vergeblich eine gleichberechtigte Rolle mit den USA und Großbritannien in der NATO beansprucht hatte und auch mit seinen Plänen zu einem intergouvernemental organisierten Europa gescheitert war. So blieb ihm als letzter Notnagel beim geplanten Aufstieg zur Großmacht nur noch die exklusive Anbindung Deutschlands an Frankreich. Durch die Präambel, die vom Deutschen Bundestag dem Vertrag vorangestellt wurde, um den Vorrang der transatlantischen Beziehungen sowie des europäischen Integrationsprozesses zu bekräftigen, wurde der Vertrag für de Gaulle aber augenblicklich wertlos.

Konrad Adenauer hatte dem Elysée-Vertrag natürlich weiterhin große Bedeutung beigemessen. Ohne Frankreich war Europa nicht zu bauen. Ohne die anderen Europäer aber auch nicht. Deshalb war es konsequent, dem Elysée-Vertrag die Präambel voranzustellen. Nur mit einem Bekenntnis zu den transatlantischen Beziehungen konnte Deutschland das Vertrauen der anderen Europäer bewahren. Denn nur die USA konnten Deutschland und zugleich Europa vor Deutschland

schützen. Und nur mit dieser europäisch-amerikanischen Absicherung gewann Deutschland ein politisches Gegengewicht gegenüber Frankreichs antiamerikanischen Profilierungswünschen.

Späte Erfüllung

Erst mit den Erklärungen der rot-grünen Regierung im Irak-Konflikt schienen die mit dem Elysée-Vertrag verknüpften Wünsche des Generals in Erfüllung zu gehen. Als der deutsche Bundeskanzler verkündete, Deutschland werde sich auf gar keinen Fall an einer Irak-Intervention beteiligen und als aus der rot-grünen Regierung antiamerikanische Polemik über den Atlantik schallte, wirkte das auf Paris wie das Erwachen aus einem langen Alptraum. „Unglaublich, welche Freiheiten die Deutschen sich plötzlich mit den Amerikanern nehmen“, jubelten französische Diplomaten ebenso wie die Medien. Endlich hatte Deutschland die „Nabelschnur zu den USA“ durchtrennt. Die Erklärung, man werde einen Krieg im Irak auf jeden Fall ablehnen, ganz gleich, was die UNO beschließe, ließ zwar zunächst die Befürchtung aufkommen, die rot-grüne Regierung folge nur wieder ihren pazifistischen Traditionen. Nachdem aber Deutschland mit dieser Missachtung der UNO überall in Europa Unverständnis gemerntet hatte und politisch völlig isoliert dastand, ergriff Chirac beherzt die sich ihm bietende Chance und reichte Schröder die Hand. Diese Handreichung hatte natürlich ihren Preis, nämlich Deutschlands exklusive Anbindung an Frankreich als dessen Juniorpartner.

Schrecken und Enttäuschung in Osteuropa

Es war deshalb nicht verwunderlich, dass die 40-Jahr-Feiern zum Elysée-Vertrag zu einem Triumph für Jacques Chirac wurden. Er ließ es sich denn auch nicht nehmen, von den Stufen des Versailler Schlosses herab dem Rest Europas zu ver-

künden, auf wessen Kommando es von nun an zu hören habe. Gestützt auf Deutschland glaubte der französische Staatspräsident ausreichend legitimiert zu sein, um Europa die Marschrichtung vorzugeben.

Stattdessen musste er feststellen, dass Frankreich mit seinem Versuch, sich gegen die USA zu profilieren, auch gemeinsam mit Deutschland keine Mehrheit im neuen Europa der 25 finden würde. Vor allem nicht in Mitteleuropa. Schon der rüde Kommandoton, in dem nach Chirac auch weitere französische Politiker den polnischen Partnern die Leviten lasen, erinnerte dort an unselige sowjetische Zeiten. Der demonstrative Schulterchluss mit Moskau weckte zusätzlich Befürchtungen in Mitteleuropa.

Besonders enttäuscht waren die Osteuropäer, dass Deutschland nicht etwa vermittelnd auf Paris einwirkte, sondern ihm blind folgte. Bis dahin hatte Deutschland die Rolle als ehrlicher Makler zwischen den Interessen der kleinen und der großen, der armen und der reichen Länder, der Alt- und Neumitglieder, dem souveränistischen Frankreich und den Atlantikern wahrgenommen. Diese europapolitisch zentrale Rolle hatte die rot-grüne Bundesregierung nun jedoch mit ihren antiamerikanischen Ausfällen und ihrer demonstrativen Putin-Verehrung ohne Not aufgegeben und damit für längere Zeit verloren.

Nutzen exklusiver Anbindung?

Aber hat die exklusive Anbindung an Frankreich nicht wenigstens Europa vorangebracht? Die Antwort lautet: Nein! In der Irak-Debatte haben beide Länder zwar viel Zustimmung erfahren, Bundeskanzler Schröder besonders ausdrücklich von Saddam Hussein persönlich, aber bewirkt haben sie mit ihrer Position nichts. Sie haben lediglich die ohnehin vorhandenen Interessendivergenzen in Europa mit tätiger Unterstützung insbesondere

durch Minister Rumsfeld bis zum vollzogenen Bruch vertieft.

Der viel gerühmte Agrarkompromiss, der die Osterweiterung ermöglichte, kam zustande ohne die von der Kommission und von Deutschland gewünschten, für die Osterweiterung ebenso wie für die anstehende WTO-Runde dringend erforderlichen Reformen. Frankreich hatte sie strikt abgelehnt. Auch bei den gemeinsamen Initiativen für den Konvent war es mehr der ersichtliche Wille, Gemeinsames vorzulegen, der von deutsch-französischer Einigkeit kündigte als die gemeinsamen Vorschläge selbst (Siehe auch *Dokumente. Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog*, Heft 2, 2003, Seiten 11–57). So ist das beständige Selbstlob beider Regierungen wegen der angeblich so fruchtbaren Kooperation im Konvent mindestens übertrieben. Im übrigen haben Paris und Berlin in der Frage der Stimmengewichtung erstmals gemeinsam die Interessen der Großen gegen die der Kleinen vertreten. Das hat Deutschlands Rolle als Vermittler in Europa zusätzlich unterminiert.

Auch die weiteren Demonstrationen von Einigkeit haben Europa und Deutschland geschadet, so etwa die Übereinstimmung beim Bruch des Stabilitätspaktes. Indem die verbündeten Regierungen eine Aussetzung des Sanktionsprozesses erreichten, demonstrierten sie einmal mehr, dass sie bereit sind, Verträge zu brechen, um ihr eigenes Unvermögen zu übertünchen, und dass sie in Europa als massive Vetomacht fast alles blockieren können, ohne jedoch Konstruktives zu leisten.

Ähnlich gravierende Vorbehalte sind gegenüber der gemeinsamen Erklärung mit Belgien und Luxemburg zur europäischen Verteidigung zu machen. Die als Militärmacht lächerlichen Vier agierten außerhalb der Verträge und konnten mit den Spitzen gegen die NATO auch sonst keinen Glaubwürdigkeitsgewinn verbuchen (Siehe Martin Koopmann und Hans

Stark, *Zukunftsfähig? Deutsch-französische Beziehungen und ESVP*, *Note du Cerfa* Nr. 8, Januar 2004).

Imponiergehabe

Für Europa (und Deutschland) wenig hilfreich ist auch die neue Form der engeren Kooperation in Gestalt gemeinsamer Kabinettsitzungen, die anlässlich des 40. Jahrestages des Elysée-Vertrages beschlossen wurden. Zu Helmut Kohls Zeiten mussten sich zwar auch vornehmlich Deutschland und Frankreich zusammensetzen, wenn es mit Europa weiter gehen sollte. Aber bei diesem Zusammenraufen wurde die ganze Bandbreite der unterschiedlichen Meinungen in Europa mitberücksichtigt. Das machte die Kompromisse tragfähig. Seit 2003 treffen sich nun die beiden Regierungen zu gemeinsamen Kabinettsitzungen, um sich auf Beschlüsse festzulegen, die sie den anderen Europäern als nicht mehr verhandelbar präsentieren (Siehe *Dokumente*, Heft 1, 2004, Seiten 60–65).

Der erste dieser gemeinsamen Kabinettsbeschlüsse nach den 40-Jahr-Feiern war im übrigen einfach nur blamabel. Als hätten sie Europa und der Welt das Heil zu verkünden, vertraten französischer Staats- und deutscher Regierungschef im September 2003 mit wichtiger Pose die Notwendigkeit einer Reihe teilweise längst beschlossener europäischer Infrastrukturmaßnahmen, bei denen viele Milliarden in Beton verwandelt werden sollen. Die französische Zeitung *Le Monde* schrieb nach Bekanntgabe der Beschlüsse, Schröder und Chirac verhielten sich wie die beiden schlechtesten Schüler ihrer Klasse, die ihre miserablen Leistungen durch Imponiergehabe gegenüber den anderen (vergeblich) zu kompensieren suchen.

Gleichwohl haben sie im Februar 2004, diesmal gemeinsam mit Tony Blair, ähnlich großspurige Ankündigungen zum europäischen Wirtschaftsraum vorgetragen. Auf diesem Feld aber verhilft nicht

einmal Großbritannien zu mehr Glaubwürdigkeit. Es hat stets weitergehende Integrationsschritte blockiert, den Stabilitätspakt kritisiert, den es neuerdings auch nicht einhalten kann, und überdies mit seinem Beitragsrabatt den berechtigten Zorn vieler Europäer provoziert.

Politik des nationalen Interesses

Das für Frankreich wichtigste Politikfeld aber stellt die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik dar. Hier liegen die Positionen von Paris und Berlin allerdings so weit auseinander, dass die vorübergehend ins Spiel gebrachte französisch-deutsche Union (Siehe *Dokumente*, Heft 6, 2003, Seiten 47–48) sehr bald mit Getöse auseinander geflogen wäre.

Frankreich betreibt im Windschatten seiner proeuropäischen Deklarationen eine konsequente Politik des nationalen Interesses, das es ganz selbstverständlich mit europäischen Interessen gleichsetzt. Das gilt für die Beibehaltung des Sitzes im UNO-Sicherheitsrat ebenso wie für seine Afrika- und Dritte-Welt-Politik. In Afrika kontrolliert Paris 15 Staaten unter anderem über den Franc CFA, der an den Euro angebunden ist, aber in den Maastrichter Verträgen gar nicht vorkommt. Es entscheidet auch weiterhin in einigen afrikanischen Ländern, besonders, wenn es Bodenschätze wie Öl zu holen gibt, über das Wohl und Wehe der dortigen Diktatoren. Frankreich handelt eben trotz all seiner Demokratie- und Menschenrechts-Rhetorik weniger nach institutionalistischen und universalistischen Prinzipien als Deutschland, sondern instrumentalisiert sie gemäß seiner Interessen.

So wurde der französische Außenminister vor, während und nach dem Irak-Krieg nicht müde, Frankreich (und Deutschland) als hochmoralische Vorkämpfer für das traditionelle Völkerrecht zu preisen, das präventive und präemptive Militäraktionen grundsätzlich ausschließe. Zugleich konnte man unter an-

derem auf der Homepage des französischen Verteidigungsministeriums ausdrücklich die Notwendigkeit solcher Interventionen begründet finden. Die Gemeinsamkeit in dieser Frage war also eine schlichte Erfindung. Sie kam Frankreichs Interessen aber insoweit entgegen, als sie neben der (vorgetäuschten) Gemeinsamkeit mit Deutschland eine polemische Profilierung gegenüber den USA erlaubte.

Übereinstimmung ohne Basis

Auch ansonsten ist die von Außenminister de Villepin unermüdlich beschworene vollständige außen- und sicherheitspolitische Übereinstimmung zwischen beiden Ländern ohne jede Basis in der Realität. Das zeigt sich am französischen Bemühen um eine Monopolstellung der französischen Rüstungsindustrie, an Frankreichs mit niemandem abgesprochener sicherheits- und rüstungspolitischer Kooperation mit Russland (Siehe *Dokumente*, Heft 4, 2003, Seiten 49–51), an seiner auch atomaren Aufrüstung, inklusive Cruisemissiles und Mini-nukes und ebenso wie am viel gerühmten ESVP-Einsatz in Bunia.

Wegen der rhetorischen Auseinandersetzung mit den USA über das Völkerrecht wollte Paris hier demonstrieren, dass es, übrigens ganz im Gegensatz zu sonstigen Aktivitäten seiner Fremdenlegionäre auf dem schwarzen Kontinent, Wert auf ein UNO-Mandat legte. Und es wollte der Welt zeigen, dass die ESVP auch ohne NATO-Unterstützung funktioniert, jedenfalls dann, wenn es selbst als Führungsmacht dabei auftritt. Zugleich konnte es mit dieser Aktion seinen Hegemonialanspruch in Afrika untermauern und die europäischen Partner darauf aufmerksam machen, dass es zu dessen Durchsetzung deren Ressourcen anzuzapfen gedenkt.

Französischer Steigbügelhalter

Deutschland folgte Frankreichs Ruf in den Kongo zwangsweise, wenn auch nur

mit allerbescheidensten Mitteln. Gegenüber der eigenen Öffentlichkeit musste die Regierung angestrengt mit humanitären Argumenten hantieren – so, als habe es humanitäre Probleme früher im Kongo nicht gegeben –, um zu verdecken, dass sie selbst kein Konzept für Afrika hatte.

Schon in Bunia brauchte Frankreich die wenigstens nominelle Mitwirkung Großbritanniens dringender als diejenige Deutschlands. Sonst hätten die betroffenen afrikanischen Staaten den Einsatz abgelehnt. Aber es braucht Großbritannien überhaupt dringender als Deutschland, um ein militärisch gewichtigeres Europa anzuführen. Nur gemeinsam mit Blair konnte Chirac Vorschläge zur „strukturierten Zusammenarbeit“, zur gegenseitigen Solidarität sowie zur Einrichtung eines europäischen Hauptquartiers vorlegen, die mit der NATO kompatibel und daher europäisch zustimmungsfähig waren. Deutschland spielt in diesem französisch-britischen Militärclub nur die Rolle des französischen Steigbügelhalters, nicht die der dritten Kraft in einem Dreierdirektorium.

Frankreich hat sich inzwischen seinerseits wieder stärker der NATO angenähert. Es beteiligt sich an den Reflexionen über den Transformationsprozess der Allianz, und es leistet den zweitgrößten Beitrag zur schnellen Krisenreaktionsgruppe. Denn auch in Paris ist man sich der Tatsache bewusst, dass eine europäische Militärmacht hauptsächlich NATO-Staaten umfassen wird. Es kann daher keine europäische Armee unabhängig von der NATO geben. Das bedeutet umgekehrt aber auch, dass eine militärisch führende Rolle in Europa Frankreich der schon von de Gaulle ersehnten führenden Rolle in der Allianz näher bringen dürfte.

Deutschland hat alles Interesse daran, es auf diesem Weg zu bestärken. Und es täte gut daran, ihm auch selbst auf diesem Weg zu folgen. Seine Bundeswehrpläne, die es ihm demnächst unmöglich machen werden, die Bündnisverpflichtungen voll zu erfüllen und die Territorialverteidigung zu sichern, weisen jedoch in die entgegengesetzte und folglich falsche Richtung.

Deutschland braucht also dringend einen Politikwechsel, und nicht nur auf militärischem Gebiet. Es muss zunächst bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen. Als „kranker Mann“ Europas mit einem inzwischen unterdurchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen ist es für niemanden mehr ein nachahmenswertes Modell.

Zugleich müsste es sich, um seine Handlungsfähigkeit zurück zu gewinnen, zum Fürsprecher der mittleren und kleineren Länder machen und vor allem einen Kompromiss über den Konventsentwurf vorantreiben. Gibt es keinen Beschluss über den Verfassungsentwurf, wird Frankreich vornehmlich allein agieren und die von ihm jeweils gewünschten „Pioniergruppen“ der „Willigen“ außerhalb der Verträge zusammenstellen. Auch könnte Deutschland auf dem Boden des Konventsentwurfes leichter die verstärkte Zusammenarbeit im militärischen Bereich mit allen Staaten suchen, die nicht auf nationale Alleingänge aus sind. Das sind weitaus die meisten. Mit ihnen zusammen könnte es integrierte Streitkräfte innerhalb der NATO entstehen lassen, die auch das Interesse Washingtons finden dürften. Dann erst würde aus der deutsch-französischen Partnerschaft endlich eine Partnerschaft unter Gleichen.